

Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes

an den 1. Bundesparteitag der Partei

DIE LINKE.

Gemäß § 9 (5) des Parteiengesetzes der Bundesrepublik Deutschland legt der Parteivorstand dem Bundesparteitag einen Tätigkeitsbericht vor.

Mit der Wahl des Parteivorstandes auf dem Gründungsparteitag der Partei DIE LINKE am 16. Juni 2007 begann der Berichtszeitraum. Er endet mit dem Redaktionsschluss für den Tätigkeitsbericht am 12. April 2008.

Grundlage der Arbeit des Parteivorstandes sind die Programmatischen Eckpunkte, die Satzung sowie die Beschlüsse des Gründungsparteitages der Partei DIE LINKE:

- Wir sind gekommen um zu bleiben! Mit der LINKEN für Arbeit, soziale Gerechtigkeit und Frieden!
- Hier ist DIE LINKE! Gemeinsam für Arbeit, soziale Gerechtigkeit demokratische Rechte und Frieden!
- Bundeswehreinmärsche in Afghanistan beenden!
- DIE LINKE macht Druck für einen gesetzlichen Mindestlohn von 8 Euro +!
- Kita-Kampagne
- Rückführung der Energiekonzerne in öffentliches Eigentum

Über die vom Gründungsparteitag an den Parteivorstand überwiesenen Anträge wurde im Parteivorstand beraten und Beschlüsse gefasst.

Im Berichtszeitraum traf sich der Parteivorstand zu 8 Sitzungen. Über die Sitzungen des Parteivorstandes und dessen Beschlüsse wurde ausführlich in Sofortinformationen des Bundesgeschäftsführers, im Internet und im Newsletter informiert.

Der Parteivorstand unterhält eine Bundesgeschäftsstelle mit den Bereichen Strategie und Politik, Öffentlichkeitsarbeit und Wahlen, Parteientwicklung und Parteibildung West, Internationale Politik, Organisation und Dienstleistung, Finanzen sowie den Büros der Parteivorsitzenden, des Bundesgeschäftsführers und des Bundesschatzmeisters.

Der Parteivorstand bereitete den 1. Parteitag der Partei DIE LINKE inhaltlich und organisatorisch vor und fasste dazu Beschlüsse.

DIE LINKE wirkt! – in den Gliederungen

Unmittelbar nach der Gründung der Partei wurden in allen 16 Bundesländern Landes- und Kreisverbände gegründet. Die Partei hat heute **338 Kreisverbände und ist damit flächendeckend in Deutschland** vertreten. Die Mitgliederentwicklung ist seit der Gründung der Partei sehr positiv. Insbesondere in den ersten Wochen nach dem Gründungsparteitag und nach den erfolgreichen Winterwahlen gab es große Eintrittswellen. Die Mitgliederzahl zum 31.12.2007 betrug ca. 72.000. Davon leben 30% im Westen. DIE LINKE ist die einzige Partei mit positiver Mitgliederbilanz und die mit dem höchsten Frauenanteil aller Parteien. Das Intranet wurde als zentrale Mitgliederdatenbank eingeführt.

Der Parteivorstand, der laut Bundessatzung bis zu dessen Konstituierung die Aufgaben des Bundesausschusses wahrnahm, nahm die Anzeige von 19

bundesweiten Zusammenschlüssen entgegen.

Der Parteivorstand hat eine neue **Kommission Politische Bildung** berufen, die die politische Bildung für die Partei neu konzipiert. Neben den bewährten Kursen für Neumitglieder- und Öffentlichkeitsarbeit, Wahlkampf und Parteiorganisation, gibt es in diesem Jahr erstmals ein Projekt "systematische Grundlagenbildung".

Die vom Parteivorstand berufene **Programmkommission** hat die Aufgabe, möglichst bis Mitte 2008 einen ersten Entwurf für ein Parteiprogramm der Partei DIE LINKE dem Parteivorstand vorzulegen.

Die Vorsitzenden Lothar Bisky und Oskar Lafontaine beriefen einen neuen **Ältestenrat** unter der Leitung von Hans Modrow.

Die vom Parteivorstand gebildete **Historische Kommission** der Partei soll an die bisherigen Erfahrungen der Historischen Kommission der Linkspartei.PDS anknüpfen und sich neuen Anforderungen auf diesem Gebiet stellen.

Im Auftrag des Parteivorstandes wurden in der Bundesgeschäftsstelle Studien und Analysen zur Weiterentwicklung der Strategie und Politik der LINKEN, zu den Entwicklungen anderer Parteien und zu gesellschaftlichen Fragen grundsätzlicher Bedeutung erarbeitet. Zeitnah wurden Wahlanalysen zur Verfügung gestellt. Die Zusammenarbeit mit der Bundestagsfraktion wie mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung wurde intensiviert und neu strukturiert.

DIE LINKE wirkt! – bei Wahlen

Das Fazit aus den Wahlkämpfen im Winter 2008 lautet: Wir haben im Westen den Tauglichkeitstest bestanden und im Osten den Wiedererkennungswert erhalten. Nach dem Einzug in die Bremische Bürgerschaft im Mai 2007 haben wir eine Reihe von Wahlerfolgen erzielt. So haben wir **in drei weiteren Landtagswahlen in den alten Bundesländern den Einzug ins Parlament geschafft**. Mittlerweile verfügt DIE LINKE bundesweit über **6047 Mandate**.

In Niedersachsen konnte DIE LINKE an ihre Erfolge bei den Kommunalwahlen im Herbst 2006 anknüpfen und mit 7,1 Prozent insgesamt 11 Sitze erreichen. In Hessen wurde DIE LINKE mit 5,1 Prozent in den Landtag gewählt. Sie stellt 6 Abgeordnete. Am 24. Februar 2008 konnte die Partei bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg 6,4 Prozent und 8 Sitze erlangen. Alle drei "Winterwahlkämpfe" waren von großem Zuspruch auf der Straße und auf Veranstaltungen und erheblichem medialen Interesse begleitet. Entscheidende Faktoren waren unser geschlossener Auftritt und das einheitliche Erscheinungsbild, das in den Ländern variiert wurde. Auf diese Weise war DIE LINKE für Bürgerinnen und Bürger eindeutig und zuverlässig erkennbar.

Am 2. März 2008 fanden in **Bayern Kommunalwahlen** statt. Trotz unserer noch schwachen Strukturen in verschiedenen Regionen Bayerns und der hohen Hürden, die uns das undemokratische bayrische Wahlgesetz auferlegte, konnten wir insgesamt 42 Mandate erreichen.

Gleichzeitig mit dem Parteitag in Cottbus am 24./25. Mai 2008 finden in **Schleswig-Holstein Kommunalwahlen** statt, wo DIE LINKE flächendeckend kandidieren kann. Bei mehreren kommunalen Wahlen in Ostdeutschland konnte DIE LINKE ihre Position ausbauen und verteidigen.

Die Wahlkämpfe der Partei wurden bundesweit durch das zentrale Wahlbüro unter der Leitung von Bodo Ramelow koordiniert.

DIE LINKE wirkt! – in Aktionen und Kampagnen

Der Vorstand übernahm mit seiner Wahl die Aufgabe, die im Juni 2007 neu gegründete Partei in der Gesellschaft und im politischen System der Bundesrepublik Deutschland zu verankern. Dabei setzte der Vorstand Schwerpunkte in seiner Arbeit:

- den Kampf um den gesetzlichen Mindestlohn, zur Eindämmung von Leiharbeit und für gute Arbeit,
- den Kampf gegen Kinderarmut und für eine flächendeckende Versorgung mit Kindertagesstätten als Orte frühkindlicher Bildung,
- den Kampf gegen die Rente ab 67 und Altersarmut sowie
- den Kampf gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr, gegen die Kriege in Afghanistan und Irak und für friedliche Konfliktlösungen weltweit.

Mit verschiedenen aufeinander abgestimmten Kampagnen und Aktionen sollten diese Schwerpunkte in Partei und Gesellschaft transportiert und für Mehrheiten geworben werden.

Die noch von Parteitag der Linkspartei.PDS und WASG beschlossene **Kampagne zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 8+ €** wurde vom Vorstand erfolgreich fortgeführt. Viele Landes- und Kreisverbände brachten sich mit Aktionen in die Kampagne ein. Das Thema gesetzlicher Mindestlohn wird, in anderer Form, Schwerpunktthema der Partei DIE LINKE bleiben.

Ziel der vom Parteivorstand beschlossenen **Rentenkampagne** ist ein rentenpolitischer Kurswechsel in der Bundesrepublik mit den bereits in der Bundestagsfraktion entwickelten Eckpunkten Wiederherstellung der Rentenformel, Einführung einer Erwerbstätigenversicherung, Solidarausgleich in der Rente/Rente nach Mindesteinkommen und Angleichung der Ost-Renten. Die Rentenkampagne zielt mittelfristig darauf ab, die Rentenpolitik zu einem der zentralen Themen in den anstehenden Wahlen in Bund und Ländern zu machen. Als verbindende Forderung dient dabei der Kampf gegen die Rente ab 67 sowie die Bekämpfung der drohenden Altersarmut. Derzeit wird die Kampagne in einer Arbeitsgruppe des Vorstandes und in den Landesverbänden vorbereitet.

Auf ihren Parteitag Ende April 2006 haben die WASG und die Linkspartei.PDS beschlossen, eine bundesweite Kampagne gegen den Privatisierungswahn, gegen den Verkauf öffentlicher Unternehmen und die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge vorzubereiten. Der Parteivorstand hat zur Durchführung der **Dachkampagne "Privatisierungen stoppen! Öffentlich! Weil's wichtig für alle ist."** eine Arbeitsgruppe eingerichtet, und eine Privatisierungs-Watchingstelle geschaffen. An verschiedenen Bildungsmaterialien wird derzeit gearbeitet. Der Parteivorstand unterstütze Aktionen gegen geplante Privatisierungen in Leipzig,

Meißen und Hoyerswerda.

Ebenfalls vom Parteivorstand konzipiert und mittlerweile in der Umsetzung befindet sich die vom Gründungsparteitag beschlossene **Kita-Kampagne**. Die Kampagne soll bundesweit mit folgenden zentralen Forderungen geführt werden: Erstens: Alle Kinder haben ein Recht darauf, gemeinsam und solidarisch spielend zu lernen. Dazu bedarf es einer guten pädagogischen Qualität und entsprechend ausgebildeten pädagogischen Personals. Zweitens: Wir wollen ein flächendeckendes öffentliches und für die Eltern kostenfreies Angebot für alle schaffen. Dazu gehört auch die Bereitstellung eines kostenfreien Mittagessens. Drittens: Der Ausbau der Kinderbetreuung mit ausreichend Ganztagsplätzen soll die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Väter und Mütter erleichtern. Zur Koordinierung und Vorbereitung der Kampagne wurde eine Arbeitsgruppe gebildet.

Der Parteivorstand beschloss, die Aktion der Parteien in der Europäischen Linken **"Europa mitbestimmen! Referendum jetzt!"** in Deutschland aktiv zu führen. Die Partei der Europäischen Linken und DIE LINKE in Deutschland fordern Volksabstimmungen über den Vertrag von Lissabon in allen EU-Ländern. Den Volksabstimmungen sollen gründliche Informationen und umfassende demokratische Aussprachen vorausgehen. Der Parteivorstand bekräftigte – wie auch der Vorstand der EL – sein **Nein zum neuen, den Nizzavertrag ablösenden EU – Vertrag**.

Der Parteivorstand beschäftigte sich kontinuierlich mit dem vom Gründungskongress zu einem Aktionsschwerpunkt bestimmten **Kampf für den Abzug der Truppen aus Afghanistan**. Er förderte die aktive Beteiligung der Partei DIE LINKE an den Unterschriftensammlungen und Protesten der Friedensbewegung gegen die Mandatsverlängerung des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan durch den Deutschen Bundestag

Begleitend zu den Aktionen und Kampagnen hat der Parteivorstand in enger Zusammenarbeit mit der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag und Zusammenschlüssen **Konferenzen** mit jeweils mehreren hundert Teilnehmern veranstaltet und/ oder personell und finanziell unterstützt. Dazu gehörten die Energiepolitische Konferenz in Hamburg, die Konferenz "Öffentlich! Weil's wichtig für alle ist." in Hannover, der Frauenworkshop in Esslingen, die Bildungspolitische Konferenz in Hamburg und die Konferenz "Mehr Freiheit! Mehr Demokratie" in Berlin.

Der Parteivorstand verständigte sich auf **Grundsätze zur Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen und Gewerkschaften** und unterstütze zahlreiche **Demonstrationen und Kundgebungen**, unter anderem bundesweite Demonstrationen gegen den Krieg in Afghanistan, die traditionelle Ehrung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 2. Januarwochenende, die Ostermärsche und den jährlichen Welt-Aids-Tag.

In regelmäßigen **Zusammenkünften mit den Landesvorsitzenden und Landessprecher/innen, mit den Landesgeschäftsführer/innen sowie mit den Landesschatzmeister/innen** stimmte der Parteivorstand seine Arbeit ab, informierte über neue Entwicklungen und sorgte so für eine enge Verzahnung der unterschiedlichen Gliederungsebenen.

DIE LINKE wirkt! –international und in der Partei der Europäischen Linken

Im Berichtszeitraum widmete der Parteivorstand der Mitwirkung an der weiteren Profilierung der Partei der Europäischen Linken große Aufmerksamkeit. Der Vorsitzende der LINKEN **Lothar Bisky** wurde im November 2007 **zum neuen Vorsitzenden der Europäischen Linken gewählt**. In dieser neuen Funktion nahm er an den Parteitagen mehrerer EL-Mitglieds- und Beobachterparteien teil, so in Griechenland, der Republik Moldau, Rumänien und Tschechien.

Die LINKE brachte sich mit ihren 24 Delegierten, der Anwesenheit beider Parteivorsitzender und vieler EL-Aktivistinnen aktiv in die Arbeit des 2. Kongresses der EL ein. Der **Prager Appell** und die **Politischen Thesen** skizzieren die Grundforderungen und Handlungsstränge der EL für die Gestaltung einer grundlegenden anderen Politik für Europa: für ein soziales Europa, für ein friedliches Europa, für ein ökologisch- nachhaltiges Europa und globale Gerechtigkeit, für ein Europa der Bürgerrechte und Demokratie.

In Vorbereitung der **Europawahlen 2009** wurde vom EL Kongress und dem Vorstand der EL beschlossen, dass die Europäische Linke **mit einer gemeinsamen Wahlplattform** antreten wird, die auch für die Parteien der GUE/NGL und für andere interessierte Parteien offen ist.

Im Berichtszeitraum hat der Parteivorstand die **internationalen Beziehungen der Partei** entsprechend den vom Gründungsparteitag beschlossenen Prinzipien entwickelt und weiter ausgebaut. Ein Schwerpunkt lag auf der Zusammenarbeit mit den Parteien in der Europäischen Linken und den anderen Parteien in der GUE/NGL- Fraktion im Europäischen Parlament sowie der Vereinten Linken in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Aktiv arbeitet DIE LINKE im NELF (Forum der Neuen Europäischen Linken) und in politischen, friedenspolitischen und sozialen Netzwerken und Organisationen im Rahmen des Europäischen Sozialforumsprozesses. Lothar Bisky besuchte unmittelbar nach dem Gründungsparteitag das Europäische Parlament und hatte dort Gespräche mit den Vorsitzenden allen Fraktionen des EP.

Die Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine und Lothar Bisky hatten **politische Gespräche** in Italien, Spanien und Portugal, in den Niederlanden und Griechenland, auf Zypern und in Rumänien. Auch in Berlin empfingen die Vorsitzenden und weitere Mitglieder des Parteivorstandes ausländische Gäste. So u. a. die Ministerin für Industrie und Handel der Bolivarischen Republik Venezuela, eine Delegation der KP Chinas, die Ehefrauen von zwei der in den USA inhaftierten so genannten "Miami 5" sowie weitere Delegationen von gesellschaftlichen Organisationen und der Regierung bzw. der Nationalversammlung Kubas, den bolivianischen Außenminister und den stellvertretenden. Vorsitzenden der MAS Boliviens.

Zweiter Schwerpunkt war der Ausbau der internationalistischen Positionen der LINKEN, gerade angesichts der neuen Entwicklungen in Latein- und Südamerika, in Afrika und in Asien. Hervorzuheben sind hier der Aufenthalt einer Delegation unter Leitung von Oskar Lafontaine in Kuba im September 2007, die Delegation des Studierenden-Verbandes und von Mitgliedern der LINKEN in Venezuela im Februar und März 2008, die Teilnahme von Politikern und Politikerinnen der Partei an den

multilateralen Parteien- und Organisationsnetzwerken Lateinamerikas, dem Sao-Paulo-Forum, dem internationalen Parteienseminar der PT Mexikos, eine Reise von Wolfgang Gehrcke nach Palästina, Israel und Syrien sowie die Beteiligung an der internationale Genozid-Konferenz in Bangladesh.

DIE LINKE war im Berichtszeitraum u. a. bei folgenden Parteitagen vertreten: SV Norwegen, SF und Rot-Grüne Einheitsliste Dänemark, Linkspartei Schweden, Linksblock Portugal, SYNASPISMOS (Griechenland), Partei der Kommunisten der Republik Moldawien, Frente Polisario (Westsahara), Partei der Arbeiter - PT (Brasilien), Kongress der Sozialistischen Einheitspartei Venezuelas (PSUV), Palästinensische Volkspartei, KP Indiens und KP Indiens (M), Parteitag der Sozialistischen Allianzpartei (PAS), Rumänien .

DIE LINKE wirkt! – mit guter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Der Parteivorstand nahm regelmäßig zur nationalen und internationalen Politik Stellung und veröffentlichte dazu **Erklärungen**. Das betraf Themen wie die Forderung des Abzuges der Bundeswehr aus Afghanistan, den Widerstand gegen die Privatisierung der Bahn und die Solidarisierung mit den im Arbeitskampf befindlichen Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst. Unter www.die-linke.de informierte der Parteivorstand ausführlich und aktuell über die politischen Positionen und Aktionen der Partei.

Eine wesentliche Säule der Öffentlichkeitsarbeit ist die **Pressearbeit**. Mitglieder des Parteivorstandes finden sich regelmäßig in den **Medien** wieder. Der Parteivorstand hat zu inhaltlichen Scherpunkten seiner Arbeit und zu aktuell politischen Themen regelmäßig Presseerklärungen herausgegeben. Regelmäßig wurden Pressekonferenzen durchgeführt. Am 5. März 2008 fand das 1. Pressesprechertreffen der Partei DIE LINKE in Berlin statt.

Eingeführt wurde ein wöchentlicher **elektronischer Newsletter**, der aktuell an alle Mitgliederadressen im Intranet und an weitere 10.000 Abonnent/innen verschickt wird. Monatlich hat der Parteivorstand das **Mitgliedermagazin DISPUT** herausgegeben. Außerdem wurden zwei Ausgaben der Zeitung "neue linke" produziert.

Für die Parteigliederungen wurde das **LINKE CMS** eingeführt, auf dessen Basis ein einheitliches Erscheinungsbild auf den Internetseiten der Landes- und Kreisverbände und Zusammenschlüsse (CMS Pool) gewährleistet werden kann.

Im **Konsultations- und Informationszentrum im Karl-Liebknecht-Haus (KIZ)** haben wir Besucherinnen und Besucher des Hauses betreut und aktuelle Informationsmaterialien des Parteivorstands und weiterer Parteigliederungen vertrieben.

Seit dem Gründungsparteitag hat der Parteivorstand **verstärkt Mitgliederwerbung** betrieben. Dazu wurden Broschüren, Postkarten, Folder, Aufkleber, Anzeigenvorlagen und weitere Materialien produziert. Auf der Internetseite wurde die Möglichkeit des Online-Eintritts geschaffen. Das Material zur Schulung der Mitglieder zum Thema Öffentlichkeitsarbeit im Bereich "Aktiv werden" im Internet wurde stark

ergänzt und aktualisiert.

Die Zusammenarbeit mit den linken Medienmacher/innen wurde intensiviert und ausgebaut, u.a. durch die Teilnahme und Mitwirkung an der **Linken Medienakademie** im März 2008. Auch die Vernetzung zwischen den Verantwortlichen für Öffentlichkeitsarbeit in den Landesverbänden wurde vorangetrieben.

Zur **Unterstützung der Aktivitäten gegen Rechts** wurden Anti-Nazi-Buttons und eine Broschüre zur NPD produziert. Außerdem entsteht im Bundeswahlbüro ein "Koffer gegen Rechts". Der Parteivorstand unterstütze das Modellprojekt im Kreis Uecker-Randow.

Die Traditionsveranstaltung "**Pfingsten mit der LINKEN**" wird fortgesetzt, vorbereitet wird ein **Fest der LINKEN** im Juni 2008, das in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden und Fraktionen, dem Neuen Deutschland und der Rosa-Luxemburg-Stiftung in der Kulturbrauerei in Berlin stattfinden wird.

Der Geschäftsführende Parteivorstand der LINKEN

Dem Geschäftsführenden Parteivorstand gehörten **12 Mitglieder** an. Acht davon wurden auf dem Parteitag direkt gewählt: Die beiden Parteivorsitzenden, Lothar Bisky und Oskar Lafontaine; die vier stellvertretenden Parteivorsitzenden Katja Kipping, Katina Schubert, Ulrike Zerhau und Klaus Ernst; Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch und Bundesschatzmeister Karl Holluba. Weitere vier Mitglieder des Geschäftsführenden Parteivorstandes wählte der Parteivorstand aus seiner Mitte: Ulrich Maurer, Parteibildungsbeauftragter – West, Christel Rajda, Finanzbeauftragte – West, sowie Christine Buchholz und Angelika Gramkow. Beratend nahmen an den Sitzungen der Bundeswahlkampfleiter, der Leiter der Bundesgeschäftsstelle, die Pressesprecherin sowie die Mitarbeiterin und der Mitarbeiter der Parteivorsitzenden teil. Von den Sitzungen wurden Protokolle angefertigt und allen Mitgliedern des Parteivorstandes zur Kenntnis gegeben.

Im Berichtszeitraum kam der Geschäftsführende Parteivorstand jeweils unmittelbar vor den Sitzungen des Parteivorstandes sowie darüber hinaus zu 16 weiteren Sitzungen zusammen. Der Geschäftsführende Parteivorstand verständigte sich regelmäßig zur **aktuell-politischen Situation**, zum Wirken von Parteien, Gewerkschaften und weiteren gesellschaftlichen Kräften und zur Lage in der Partei DIE LINKE. Davon ausgehend konzentrierte er sich auf die **operative Führung der Partei** sowie auf die Vorbereitung der Sitzungen des Parteivorstandes und der dort zu treffenden Entscheidungen. Regelmäßig befasste sich das Gremium mit Entwicklungsfragen der Partei der Europäischen Linken, deren Mitgliedspartei DIE LINKE ist. Wesentliche Fragen des parlamentarischen Agierens der Partei – beispielsweise in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages – waren Thema im Geschäftsführenden Parteivorstand, dessen Mitglieder auch an Klausurtagungen der Fraktion DIE LINKE teilnahmen.

Der Geschäftsführende Parteivorstand befasste sich in nahezu jeder seiner Sitzungen mit der **Parteientwicklung**. Dabei spielten die Mitgliedergewinnung und "-pflege", der Auf- und Ausbau der westdeutschen Landesverbände, die

Öffentlichkeitsarbeit, die Sicherung der personellen, materiellen und finanziellen Grundlagen der Parteiarbeit und die Entwicklung des Intranets eine besondere Rolle.

Gegenstand ausführlicher Debatten waren **politische Schwerpunktvorhaben und Kampagnen** zu Themen wie

- die Forderung nach dem Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan;
- die Kampagnen der LINKEN zu den Themen Rente, Mindestlohn, öffentliche Daseinsvorsorge & Antiprivatisierung und Kindertagesstätten;
- die politische Bildungsarbeit in der Partei und der parteinahen Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Der Geschäftsführende Parteivorstand befasste sich mit den Grundsätzen und Zielen der Partei DIE LINKE in den **Wahlkämpfen 2008 / 2009**, nahm regelmäßig Stellung zum Verlauf von Wahlkämpfen, traf dazu erforderliche Entscheidungen und analysierte Wahlergebnisse.

Der Geschäftsführende Parteivorstand nahm seine Verantwortung für die **politische Planung** wahr und traf Entscheidungen zu den Bundesparteitagen 2008 und 2009, zur Ausarbeitung eines Parteiprogramms der LINKEN, von Programmen zur Europawahl und zur Bundestagswahl 2009 sowie zur Ausarbeitung einer Wahlstrategie. Kontinuierlich wurden Fragen der inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung des 1. Parteitages der LINKEN beraten.

Im Geschäftsführenden Parteivorstand wurden Entscheidungen zum **Umgang mit dem politischen Erbe der Linkspartei.PDS und der WASG** getroffen, beispielsweise zur Fortgeltung von Beschlüssen und zu Fragen der Archivierung.

Die Finanzen der LINKEN

Auf der Grundlage der Bestimmungen des Parteiengesetzes und der Festlegungen in der Finanzordnung der Partei hat der Parteivorstand öffentlich **Rechenschaft über die Herkunft und die Verwendung der finanziellen Mittel und das Vermögen der Partei für das Jahr 2006** gelegt. Die testierten Rechenschaftsberichte für die Linkspartei.PDS und die WASG (seit dem 16.06.2007 Partei DIE LINKE) sind vom Bundesschatzmeister fristgerecht eingereicht worden und bilden eine wesentliche Voraussetzung für die Festsetzung der Mittel aus der staatlichen Teilfinanzierung. Die Rechenschaftsberichte sind im Internet unter www.die-linke.de/partei/fakten/finanzen/rechenschaftsberichte veröffentlicht.

Für beide Parteien sind im Kalenderjahr 2006 insgesamt nachstehende Zuwendungen abgerechnet worden:

Mitgliedsbeiträge	: 9.804,5 T€
Spenden	: 1.898,6 T€
Mandatsträgerbeiträge	: 1.992,0 T€.

Auf dieser Grundlage wurden entsprechend den Bestimmungen des Parteiengesetzes zuschussfähige Zuwendungen natürlicher Personen an beide Parteien in Höhe von 12.343,4 T€ ausgewiesen. Die auf der Basis dieser Zuwendungen und der durch beide Parteien bis einschließlich 2007 erzielten Wählerstimmen zum 15. Februar 2008 festgesetzten staatlichen Mittel betragen für DIE LINKE 9.086,7 T€ als Jahressumme.

Der Parteivorstand hat am 07.07.2007 eine **Information zur Finanzplanung 2007** zur Kenntnis genommen und den Bundesschatzmeister beauftragt, den präzisierten Finanzplan des Parteivorstandes im Ergebnis der Verschmelzung von WASG und Linkspartei.PDS vorzulegen. Zusätzliche Einnahmen für das 2. Halbjahr 2007 in Höhe von rd. 235 T€ ergaben sich aus Mandatsträgerbeiträgen und zentralen staatlichen Mitteln der WASG. Zugleich wies die Planinformation die notwendige Erhöhung von Ausgaben des Parteivorstandes im 2. Halbjahr von rd. 530 T€ für Personal, Zuschüsse an den Jugendverband, Veranstaltungen, Kampagnen und Gremien sowie für den laufenden Geschäftsbetrieb, einschließlich Wirtschaftsprüfungskosten, aus. Des Weiteren nahm der Parteivorstand zur Kenntnis, dass die absehbaren Mehrausgaben für die Parteitage am 15./16. Juni 2007 nicht aus den laufenden Einnahmen des Jahres 2007 gedeckt werden können, sondern aus Beständen finanziert werden müssen.

In seiner Sitzung am 25. August 2007 hat der Parteivorstand den von der Finanzbeauftragten des Parteivorstandes und vom Bundesschatzmeister vorgelegten präzisierten Finanzplan für 2007 und den Stellenplan der Bundesgeschäftsstelle beschlossen. Der Finanzplan ist im Internet veröffentlicht.

Am 07. Juli 2007 bestätigte der Parteivorstand die bestehenden **Ordnungen für die Verfügung über finanzielle Mittel und den Zahlungsverkehr im Parteivorstand und für die Erstattung von Reisekosten an ehrenamtliche Funktionäre sowie an die Mitglieder des Parteivorstandes** für die Partei DIE LINKE.

Vierteljährlich wurden vom Parteivorstand die **Plan-Ist-Abrechnungen der Einnahmen und Ausgaben des Parteivorstandes** und die **Übersicht über die Mandatsträgerbeiträge** der Abgeordneten der Partei DIE LINKE im Deutschen Bundestag und im Europaparlament zur Kenntnis genommen. Am 17. November 2007 lag dem Parteivorstand die **Abrechnung der Finanzpläne der Bundesparteitage 2007** vor. Für den Dortmunder Parteitag am 24./25. März 2007 wurden 196,1 T€ ausgegeben. Das bedeutet eine Überschreitung des bestätigten Planes um 38 T€ bzw. 24,1 %. Die Ausgaben für die Parteitage am 15./16. Juni 2007 betragen 590,6 T€. Das sind 136,6 T€ (+ 30,1 %) mehr als geplant. Ursachen für die Planüberschreitungen waren die in der Finanzplanung nicht vollständig berücksichtigten Kostenübernahmen für die WASG sowie beim Gründungsparteitag vor allem operativ getroffene Entscheidungen zur Verlängerung des Parteitags.

Nach Abschluss der Landesvorstandswahlen der Partei DIE LINKE wurde am 24. November 2007 in Verantwortung des Bundesschatzmeisters der **Bundesfinanzrat** gemäß Satzung konstituiert. Dieser bestätigte nachstehende Anträge auf **Bereitstellung von finanziellen Mitteln aus dem zentralen Wahlkampffonds** und legte fest, dass die Abrechnungen über die Verausgabung der Wahlkampfmittel durch die betreffenden Landesverbände dem Bundesfinanzrat vorzulegen sind:

LV Hessen	für die Landtagswahl am 27.01.2008	250 T€
LV Niedersachsen	für die Landtagswahl am 27.01.2008	250 T€
LV Hamburg	für die Bürgerschafts- und Kommunalwahl am 24.02.2008	250 T€
LV Bayern	für die Kommunalwahl am 02.03.2008	150 T€
	für die Landtagswahl 2008	200 T€
LV Schleswig-Holstein	für die Kommunalwahl 2008	100 T€
LV Brandenburg	für die Kommunalwahl 2008	200 T€

Die bei den Landtagswahlen im Jahr 2008 erreichten Wählerstimmen gehen in die Basis für die Festsetzung der staatlichen Mittel im Jahr 2009 ein und führen zur Erhöhung der Mittel aus der staatlichen Teilfinanzierung für die Partei DIE LINKE.

Am 09. Februar 2008 hat der Bundesfinanzrat in Vorbereitung der Finanzplanung den **Planvorschlag für den zentralen Finanzausgleich 2008** an die Landesverbände in den alten Bundesländern beraten und bestätigt. Die direkten Zuschüsse in Höhe von 765 T€ an die westlichen Landesverbände, die im Jahr 2008 noch nicht die Eigenfinanzierung gewährleisten können, werden auf die Landesverbände nach einem Berechnungsmodell aufgeteilt, das eine einheitliche Grundausstattung als Sockelbetrag vorsieht und die Kriterien Fläche des Landes und Anzahl der Mitglieder berücksichtigt.

Der Parteivorstand hat in seiner Sitzung am 24. Februar 2008 die **Entwürfe des Finanzplanes des Parteivorstandes und des Planes des zentralen Finanzausgleichs für 2008** beschlossen, die dem Bundesausschuss zur Bestätigung vorgelegt worden sind.

Der ausbilanzierte Haushaltsplan sieht Einnahmen des Parteivorstandes von 9.190 T€ vor. Zuzüglich der Abführungen von Landesverbänden an den zentralen Wahlkampffonds werden Gesamteinnahmen in Höhe von 10.210 T€ geplant, die die Finanzierung der notwendigen Personal- und Sachausgaben, der Zuführungen zum zentralen Wahlkampffonds und der Zuschüsse an die Landesverbände in den alten Bundesländern gewährleisten.

Im Rahmen der Ausgaben für allgemeine politische Arbeit von 1.815 T€ werden vor allem die Ausgaben für den Bundesparteitag und die Parteigremien, zentrale Veranstaltungen und Kampagnen, die Bereiche der Bundesgeschäftsstelle und die Zusammenschlüsse sowie Zuschüsse an den Jugendverband der Partei finanziert.

Die Verwendung der geplanten Einnahmen aus Beiträgen für die Partei der Europäischen Linken (EL) in Höhe von 200 T€ wird für folgende Positionen vorgesehen:

Abführungen an die EL	40 T€
Mitfinanzierung von Kongressen und anderen Großveranstaltungen der EL	40 T€
Ausgaben für Aktivitäten bzw. Aufgaben der EL in Deutschland sowie EL-Reisekosten	80 T€
Bildung von Rücklagen für den Wahlkampf der EL zu den Europawahlen	40 T€

Die Zuführungen des Parteivorstandes und der Landesverbände zum zentralen Wahlkampffonds werden für 2008 in Höhe von 3.420 T€ geplant.

Die geplanten Personalkosten von 3.100 T€ beruhen auf dem vom Parteivorstand bestätigten Stellenplan und berücksichtigen den Tarifabschluss mit ver.di, wonach im Jahr 2008 vier Einmalzahlungen von jeweils 300 Euro je Beschäftigten gezahlt werden.

Zur Finanzierung von Personalkosten für Altersteilzeit-Beschäftigte erhalten Landesverbände in den neuen Bundesländern im Jahr 2008 finanzielle Mittel in Höhe von rd. 290 T€ aus dem hierfür im Jahr 2005 gebildeten Altersteilzeitfonds.

Die **Rechenschaftslegung der Partei DIE LINKE für das Kalenderjahr 2007 und der WASG für den Zeitraum vom 01.01. bis 15.06. 2007** wird gegenwärtig vom Bundesschatzmeister und von der Finanzbeauftragten im Auftrag des Parteivorstandes im Zusammenwirken mit den Landesverbänden organisiert. Ebenso erfolgt zurzeit die Prüfung der Rechenschaftsberichte des Parteivorstandes, aller Landesverbände sowie von 10 nachgeordneten Gebietsverbänden durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer.

Anlage: Beschlüsse des Parteivorstandes - Übersicht

**Anlage zum Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes an den Cottbuser Parteitag
(Beschlüsse des Parteivorstandes)****Sitzung am 17.06.2007**

- 2007.1 Delegiertenschlüssel für den Bundesausschuss
- 2007.2 Erweiterung und Anerkennung der Landesvorstände

Sitzung am 07.07.2007

- 2007.3 Sitzungstermine des Parteivorstandes 2007/2008
- 2007.4 Delegiertenschlüssel für den Bundesausschuss der Partei DIE LINKE
- 2007.5 – X -
- 2007.6 Geschäftsordnung für den Parteivorstand
- 2007.7 Übersicht über Gremien
- 2007.8 Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan
- 2007.9 Gewerkschaftspolitische Konferenzen

Sitzung am 25.08.2007

- 2007.10 Präzisierte Finanzplanung des Parteivorstandes
- 2007.11 Bildung einer Historischen Kommission der LINKEN und Berufung ihrer Mitglieder
- 2007.12 Bildung einer Vorstandsarbeitsgruppe "Rehabilitierungen"
- 2007.13 Verantwortliche und Sprecher/innen des Parteivorstandes
- 2007.14 Unterstützung des Aufrufs "Freiheit statt Angst"
- 2007.15 Für ein Referendum zum EU-Vertrag
- 2007.16 Grundsätze und Ziele der Partei DIE LINKE in den Wahlkämpfen
- 2007.17 Delegiertenschlüssel für den Parteitag 2008/2009
- 2007.18 Vorbereitung einer Kita-Kampagne (und familienpolitische Leitlinien der Bundestagsfraktion)
- 2007.19 Frauenpolitischer Workshop
- 2007.20 Sitzungsplan des Parteivorstandes bis Mai 2008

- 2007.21 Bildungsarbeit
- 2007.22 Terminierung für Bundesausschuss 2008 und Parteitage 2009
- 2007.23 Antiprivatisierungskampagne
- 2007.24 Zur Ausarbeitung der Programmatik – Einsetzung einer
Programmkommission
- 2007.25 Keine Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn
- 2007.26 Zum Krieg in Afghanistan

- Sitzung am 13.10.2007**
- 2007.27 Rechenschaftsberichte (Linkspartei.PDS und Partei Arbeit & soziale
Gerechtigkeit – die Wahlalternative [WASG])
- 2007.28 U 35-Treffen der Mandats- und Funktionsträger
- 2007.29 Überwindung von Hartz IV – Grundsicherungskonzept der LINKEN
- 2007.30 Standardanforderungen für Kampagnen
Politische Rahmenplanung bis zur Bundestagswahl 2009
- 2007.31 Pfingsten mit der LINKEN
- 2007.32 Delegiertenschlüssel zum Bundesparteitag
- 2007.33 Jedem Kind die gleichen Chancen – Positionen der LINKEN zur
Bekämpfung der Kinderarmut
- 2007.34 – X -
- 2007.35 Dachkampagne gegen Privatisierung
- 2007.36 Berufung Ältestenrat der Partei DIE LINKE
- 2007.37 Weiterführung und inhaltliche Erweiterung der Mindestlohnkampagne
- 2007.38 Genug gespart – Öffentliche Dienste sind mehr Wert!
- 2007.39 Planung einer Rentenkampagne
- 2007.40 Zum Krieg in Afghanistan
- 2007.41 Leiharbeit begrenzen
- 2007.42 Gleiche Rechte für alle: Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-
BürgerInnen

2007.43 – X -

2007.44 – X -

2007.45 Berufung einer Programmkommission

Sitzung am 17.11.2007

2007.46 Erklärung des Parteivorstandes zum Arbeitskampf der Lokführer

2007.47 Vorbereitung der Kita-Kampagne für das 1. Halbjahr 2008

2007.48 Zusammenarbeit der Partei mit sozialen Bewegungen

2007.49 Information Jugend und SDS

2007.50 Bildung der Arbeitgeber-Tarifkommission

2007.51 Luxemburg-Liebknecht-Ehrung 2008

2007.52 Auswertung Sozialforum

2007.53 Unterstützung der Kampagne "Keine halben Sachen! – Steuerliche Benachteiligungen von Lebenspartnerschaften beenden!"

2007.54 Klimaaktionstag am 08. Dezember 2007

2007.55 Solidaritätsaktion mit den Miami Five

2007.56 Erweiterung des Gremienverteilers

2007.57 Unterstützung des Welt-Aids-Tages

2007.58 Mitglieder im Bundesausschuss

Sitzung am 28.01.2008

2007.59 Rentenkampagne der LINKEN

2007.60 – X -

2007.61 Energiewende – sozial –ökologisch – friedlich

2007.62 – X -

2007.63 Zusammenschlüsse

2007.64 Mandate für Zusammenschlüsse und Jugendverband

- 2007.65 Rehabilitierung Friedrich Urban
- 2007.66 Finanzplan Antiprivatisierungskampagne
- Sitzung am 24./25.02.2008**
- 2007.67 Vorschlag für die Stärke der Bundesfinanzrevisionskommission
- 2007.68 Position des Parteivorstandes zum Antrag I.10 des
Gründungsparteitages (Bezahlung Tariflohn)
- 2007.69 Einberufung des 1. Parteitages der Partei DIE LINKE (24./25.05.2008)
- 2007.70 Vorschlag für die Tagesordnung des 1. Parteitages der Partei DIE
LINKE
- 2007.71 Vorschlag für den Zeitplan des 1. Parteitages der Partei DIE LINKE
- 2007.72 Vorschlag für die Geschäftsordnung des 1. Parteitages der Partei DIE
LINKE
- 2007.73 Vorschlag für die Arbeitsgremien des 1. Parteitages der Partei DIE
LINKE
- 2007.74 Zulassung von elektronischen Wahlen
- 2007.75 Wahlverfahren nach § 8(5) der Wahlordnung (Positivwahl)
- 2007.76 Beratende Mitglieder des Bundesausschusses
- 2007.77 Vorschlag für die Stärke der Bundesschiedskommission
- 2007.78 Vertreter der Partei DIE LINKE im ZDF-Fernsehrat
- 2007.79 Finanzplanung 2008
- 2007.80 – X -
- 2007.81 – X -
- 2007.82 Bildungsarbeit der Partei
- 2007.83 Finanzausschuss des Parteivorstandes für den Kongress "40 Jahre 1968
– Die letzte Schlacht gewinnen wir!
- 2007.84 – X -
- 2007.85 Ostermärsche 2008 – Bundeswehr raus aus Afghanistan!

- 2007.86 Steigerung der frauenpolitischen Kompetenz
- 2007.87 Konferenz der BAG Bürgerrechte und Demokratie
- 2007.88 Erklärung des Parteivorstandes zur Frauen- und Gleichstellungspolitik

- X- Betrifft Beschlussvorlagen, die entweder von den Einreiche/innen zurückgezogen oder zur Wiedervorlage verwiesen wurden.

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:

Der Tätigkeitsbericht wird im Internet und im Delegiertenmaterial des Parteitages veröffentlicht.